Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1923

18.1.1923 (No. 15)

Visual Library

№ 15 Donnerstag, den 18. Januar 1923 166. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkont Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Januar 1050 M — Einzelnummer 40 M — Anzeigengebühr: 35 M für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Vermögenssteuer und Zwangsanleihe.

** Die amtliche Handausgabe des Vermögenssteuergesetzes und des Gesetzes über die Zwangsanleihe nebst Ausführungsbestimmungen mit Mustern von Vordrucken in der endgültigen Fassung ist in Karl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstraße 43/44 erschienen.

Ebenda sind die Bewertungsrichtlinien für die bevorstehende Veranlagung als Nr. 23 des Reichssteuerblatts von 1922 zu haben. Sie enthalten zunächst eine Übersicht über die Gesetzesvorschriften und sodann in einem zweiten Teil praktische Anweisungen für die Vereinfachung der Veranlagung. Dieser zweite Teil (für die Vereinfachung der Veranlagung) wird dem Vordruck für die Vermögenssteuererklärung ungekürzt beigefügt und so in die Hand jedes Steuerpflichtigen gelangen.

Auf Biegen und Brechen.

Unter dieser Überschrift bringt die „N. Bd. Ldztg." in ihrer gestrigen Abendausgabe eine interessante Besprechung der Lage im Ruhrgebiet durch ihren Essener Sonderberichterstatter. Es heißt dort:

„Das äußere Bild des Ruhrgebiets ist durch den französischen Einbruch bisher kaum verändert. An den Wänden kleben Proklamationen, hier und dort stehen Wachtposten und Militärautos mit Männern in roten Käppis sausen vorüber. Sonst geht alles seinen Gang und die hundert französischen Kriegsberichterstatter, die in Essen eintrafen, mögen sich **beeilen**, das Glück des **Friedens** zu malen, dessen sich die industrielle Zentrale Europas erfreut. In Wirklichkeit ist die **Lage zum Zerreißen gespannt**, ja, es muß herausgesagt werden, daß nach Auffassung der bestinformierten Kreise **eine Katastrophe von unvorstellbarer Größe für unabwendbar gilt**, wenn nicht ein Wunder geschieht. Leute, deren Lebenswerk im Aufbau dieser gewaltigen Werkstätte des Kontinents liegt, sind darauf vorbereitet, daß alles mit und über ihnen **zusammenbricht**. Mit Entsetzen muß man an den Augenblick denken, wo aus diesem Wald von Schloten **kein** Rauch mehr dringen wird, und dieser Augenblick **muß** kommen, wenn die französische Regierung weiterschreitet auf der abschüssigen Bahn der restlosen Gewaltanwendung.

Auf Grund sorgfältigster Informationen über Menschen und Dinge kann gesagt werden, daß die **Industriellen, die Direktoren und Ingenieure es auf jede Gefahr hin ablehnen**, entgegen den Befehlen der deutschen Regierung, der sie Gehorsam schulden, irgend etwas zu unternehmen, anzuordnen oder zu unterlassen. Sie würden sich nach ihrer Auffassung des **Landesverrats** schuldig machen, wenn sie den Anordnungen fremder Zivil- oder Militärstellen Folge leisten würden. Der **Rechtsstandpunkt** ist **klar** und unanfechtbar. Das einzige Argument, das gegen diese selbstverständliche Pflichterfüllung sich findet, ist die Gewalt. Wer aber die **Westfalen** kennt, weiß, daß auch die Gewalt nichts gegen ihren eisenfesten Willen vermag. Bergmann und Bergherr vereinigen sich in einem unbändigen **Starrsinn**, der sich im Großen wie im Kleinen auswirkt. Täglich kann man erleben, daß ein Bergmann, der sich in den Kopf gesetzt hat, im Nichtraucherwagen seine Pfeife zu rauchen, durch kein Mittel von diesem Vorhaben abzubringen ist; lieber läßt er den Wagen zum Stillstand kommen, als daß er nachgibt.

Auf Biegen und Brechen ist die Lage gestellt, seit der **Befehl** des Reichskohlenkommissars eintraf, der die **Lieferung von Kohle** auch gegen Barzahlung **verbot**. Dieser Befehl kam offenbar ebenso überraschend wie die von französischer Seite erfolgte Ableugnung der Tatsache, daß Präsident Coste die Bezahlung der Kohle versprochen hatte. In den Samstagsverhandlungen scheint eine **provisorische Verständigung** erzielt, daher auch die optimistischen Berichte, die Coste nach Paris gab. Am Montag verhandelte plötzlich für die Ingenieurkommission nicht mehr Coste, sondern sein Vertreter **Aaron**, der schon seit dem Waffenstillstand in Essen sitzt und mit den Verhältnissen und Persönlichkeiten gut vertraut ist. Seine Aufgabe war, die **Gegenordres aus Paris** durch dialektische Künste mit den früheren Erklärungen Costes in Einklang zu bringen. Der ganze Streit war aber durch Anordnung des Reichskohlenkommissars gegenstandslos geworden, **denn jetzt liefern die Zechen auch nicht gegen Bezahlung.**

Als Wortführer der Industrie trat bei den Verhandlungen **Fritz Thyssen** hervor, der bisher in weiteren Kreisen kaum bekannt war. Man wußte nur, daß der 1873 geborene älteste Sohn August Thyssens, des Begründers der Industriefirma gleichen Namens, in wachsendem Maße die Verantwortung für die Last auf sich nahm, die der mehr als 80jährige Vater nicht mehr tragen konnte. Er ist die Seele eines Riesenunternehmens, das heute 65 000 Arbeiter beschäftigt, und es wird versichert, daß die Angestellten und Arbeiter für ihren Chef durchs Feuer gehen. Dieser Respekt ist umso ungetrübter, weil Fritz Thyssen und seine ersten Mitarbeiter, zu denen sein Bruder Hans gehört, nicht den Ehrgeiz haben, **politische** Macht auszuüben oder zu mißbrauchen.

Es gibt keinen Unternehmer, keinen Arbeiter, der aus der Reihe springen würde. Die **Besetzung** wird offenbar bis zum **Rande des Industriebezirkes ausgedehnt** werden, und bereits **sind französische Transportüberwachungsstellen** eingerichtet worden, die in kurzem in der Lage sein werden, die **Kohlenzufuhr nach dem unbesetzten Gebiet zu sperren.** Es herrscht aber die feste Überzeugung vor, daß sich dann ebensowenig ein Wagen westwärts bewegen wird.

Aber auch wenn diese Erwartung unzutreffend wäre, so würde schon die Tatsache, daß eine Stockung im Kohlenabsatz erfolgt, in kurzer Zeit die **Lohnfrage unlösbar** machen. Man muß bedenken, daß alle großen Zechen 400 bis 500 Millionen Mark an Löhnen zu zahlen haben. Die Franzosen glauben, durch Kohlen- und Umsatzsteuer die Mittel aufbringen zu können, aber sie stehen vor organisatorischen Schwierigkeiten, die sie jetzt allmählich zu **erkennen** beginnen. Das Kohlensyndikat ist nicht mehr im Bezirk, es fehlen alle Aufzeichnungen, und was noch weit schwerer wiegt, es fehlt die Orts- und Fachkenntnis seiner 400 Beamten. Jeder Versuch, durch Zwang und Drohung Ersatz zu schaffen, bedeutet das **Chaos, begegnet passivem Widerstand.** Über den Plan, eine **neue Währung**, einen Talon zu schaffen, **lacht** man in Bankkreisen. Hier sind, so sagt man, noch in jeder Familie Assignate aus der Franzosenzeit aufbewahrt. Das genügt. Auch eine Garantie der französischen Regierung würde diesen Wertzeichen keinen Wert geben.

Die **Ingenieurmission**, die als „Hauptperson" in der französisch-belgischen Note angekündigt war, spielt **überhaupt keine Rolle.** Die handelnden Personen, die Helden des Heldenstücks, das jetzt zwischen Rhein und Ruhr von den Franzosen gespielt wird, sind die **Generale.** Dabei kommt es zu **sehr grotesken Szenen**, wie heute in Düsseldorf, wobei die französische Militärbehörde **durch die Kommunisten** ihrer freundschaftlichen Gefühle versichert wurde.

Man ist im Ruhrgebiet darauf gefaßt, daß den Drohungen **Gewaltakte** folgen werden, aber sie würden nach der allgemeinen Auffassung die **Katastrophe nur beschleunigen.** In der Tat hat man den Eindruck, als würde dicht neben einer geladenen Mine mit Feuer gespielt. Aber **selbst ohne akute Zuspitzung** muß mit einer katastrophalen Entwicklung gerechnet werden. Eine **Entspannung ist an Ort und Stelle unmöglich.** Durch Verhandlungen mit Privatpersonen, die mit Recht auf ihre Treuepflicht gegen Staat u. Vaterland verweisen, **kommt** die französische Regierung ebensoweniz zu ihrem Ziel wie durch ungesetzlichen Zwang und nackte Gewalt. Die Hoffnung, daß **Paris** rechtzeitig den Weg zur Umkehr finden werde, **wird hier auf keiner Seite** vertreten. Auch über die Haltung **Englands** gibt man sich **keinerlei Illusionen** hin."

Katastrophenstimmung im Ruhrgebiet.

Die Antwort der Zechenvertreter.

„Zu einer Handlung gegen mein Vaterland und zu einer ehrlosen Handlung lasse ich mich nicht zwingen."

Die Dienstag nachmittag 6 Uhr bei der Versammlung in **Düsseldorf** anwesenden **Zechenvertreter** des Ruhrreviers haben der Besatzungsbehörde folgende **Erklärung**, die jeder Zechenvertreter mit seinem Namen versehen hat, übermittelt:

Der Unterzeichnete bekennt den Empfang der von dem Generalinspektor der Bergwerke **Coste** erteilten Verordnung vom 15. Januar 1923, worin der Befehl erteilt wird, unverzüglich zur Ausführung der Kohlen- und Kokslieferungen im Rahmen des Reparationsprogramms zu schreiten. Demgegenüber erklärt der Unterzeichnete folgendes: Die interalliierten Regierungen haben bei Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland die **Souveränität des Deutschen Reiches** ausdrücklich und feierlich anerkannt. Demgemäß sind im Gebiete des Deutschen Reiches die **deutschen Gesetze** in Kraft und **alle** deutschen Staatsangehörigen schulden den **deutschen** Gesetzen und den **deutschen** Behörden Gehorsam. Entsprechend dieser klaren Rechtslage haben die Vertreter einer Anzahl Zechen in der Coste am 13. Januar übergebenen und von diesem angenommenen schriftlichen Erklärung ausdrücklich folgenden **Vorbehalt** gemacht: „Voraussetzung hierfür (d. h. Aufnahme der Brennstofflieferungen) ist, daß nicht entgegenstehende Verfügungen des Reichskohlenkommissariats erlassen werden." Es ist also **nicht** richtig, daß **die Zechenvertreter bedingungslos** sich zur Lieferung von Brennstoffen erklärt hätten. Das wäre aber auch belanglos, da auch in diesem Falle die Anordnungen der deutschen zuständigen Behörden von den deutschen Staatsangehörigen beachtet werden müssen.

Der Fall, den die Zechenvertreter sich vorbehalten haben, ist eingetroffen. Der **Reichskohlenkommissar** hat unter Androhung von **Gefängnisstrafen** den ausdrücklichen Befehl an alle Zechen des Ruhrgebiets erteilt, **keinerlei Brennstoff** an Frankreich und Belgien zu liefern. Ich kann daher dem mir von **Coste** erteilten Befehl **nicht** nachkommen. Ich bin mir bewußt, daß ich bei dieser Haltung mich vollkommen im Einklang mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, des Friedensvertrages, des Rheinlandabkommens und aller ergänzenden Bestimmungen, sowie der Haager Landkriegsordnung und mit den Regeln des Völkerbundes **befinde**, wie sie in allen Kulturstaaten anerkannt sind.

Ich weiß, daß **gerade in Frankreich** der Schutz der Ehre, des Gewissens, der persönlichen Freiheit und des Eigentums der Zivilbevölkerung im Falle der Okkupation ein von allen Völkerrechtslehrern anerkannter und hochgehaltener Grundsatz ist. Ich weiß endlich, daß meine Haltung im Einklang steht mit dem französischen Landesrecht. Der Befehl meiner zuständigen Behörde schafft für die Zechenvertreter einen Fall von höherer Gewalt, bei dem auch nach französischem Recht jede persönliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen ist. Er ist als Eingriff von höherer Hand für mich absolut bindend.

Außerdem würde bei der heutigen Sachlage die Lieferung von Brennstoff an Frankreich und Belgien die Aktion **fördern**, welche Frankreich und Belgien im Gegensatz zu unserer Regierung gewaltsam durchzuführen versuchen. Es wird also von mir verlangt, daß ich einer gegen meine eigene Regierung gerichteten Maßnahme meine tätige Unterstützung gewähre und positiv daran teilnehme. **Niemand kann gezwungen werden, gegen sein Vaterland zu handeln und eine ehrlose Handlung zu begehen.** Die Aufforderung, die an mich gestellt ist, schafft für mich einen **moralischen Zwang**, der auch nach französischem Recht jede Verantwortung meinerseits ausschließt.

Zusammenfassend stelle ich fest und erkläre hiermit auf das Bestimmteste: **Zu einer Handlung gegen mein Vaterland und zu einer ehrlosen Handlung lasse ich mich nicht zwingen."**

*

Nach allen Nachrichten bleiben die **Zechenbesitzer** in ihrer **Weigerung**, die Befehle der französischen Militärbehörde auszuführen, fest und auch die Arbeiter sind in ihrem Widerstand durch die Sitzung in Düsseldorf nur **bestärkt** worden. Die **technischen Beamten** der Guten Hoffnungshütte haben erklärt, daß, im Falle ihre Direktoren von den Franzosen **verhaftet** würden, sie selber sich **ebensowenig** wie ihre Direktoren **den** französischen Befehlen **fügen** würden. Die Leiter der **linksrheinischen Zechen** haben erklärt, daß sie, soweit nicht deutsche Behörden in Frage kommen, Weisungen lediglich von **den** interalliierten Ausschüssen in Koblenz entgegennehmen **würden.**

*

Bei den Zechen des Ruhrgebiets ist inzwischen die **schriftliche Bestätigung** des telegraphischen Verbotes des **Reichskohlenkommissars** eingegangen, mit Rücksicht auf den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet die Lieferung von Kohlen und Koks an Frankreich und Belgien **einzustellen**, auch für den Fall, daß eine Bezahlung erfolgen sollte. Der Reichskohlenkommissar **weist** in seinem Schreiben darauf hin, daß Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung nach § 7 der Bekanntmachung für die Bestellung des Reichskohlenkommissars zwecks Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt 193) **mit** Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft **werden.**

Weiterer Vormarsch und Sanktionen.

Nach den in Berlin an den zuständigen Stellen eingetroffenen Nachrichten haben gestern morgen die Franzosen ihren militärischen Vormarsch von **Dortmund** und **Essen** aus fortgesetzt. In den beiden Städten herrscht Ruhe, auch im übrigen neu besetzten Gebiet sind **keine Zwischenfälle** bekannt geworden. Die Vormarschbewegung der französisch-belgischen Truppen geht über Mettmann in Richtung **Kupferdreh**, jedoch sind Schwelm und Elberfeld noch nicht besetzt. In nördlicher Richtung bewegt sich der Vormarsch von Dortmund aus in Richtung auf **Asseln**; Unna ist jedoch noch nicht besetzt, **auch Hagen ist noch frei**, hingegen ist **Herdeke** gestern abend noch von einer kleinen Abteilung **besetzt** worden. Der für den Güterverkehr wichtige **Verschiebebahnhof Vorhalle** bei Hagen ist zeitweise von kleinen französischen Truppenabteilungen **besetzt.**

Die Franzosen haben bis gestern Abend keine neuen Eingriffe in den Kohlenversand unternommen und auch keine Maßnahmen gegen einzelne Zechen ergriffen. Die Tätigkeit der französischen Beamten in der Essener Reichseisenbahndirektion beschränkt sich darauf, die Truppen- und Etappenzüge an ihren Bestimmungsort zu bringen. Im übrigen studieren die französischen Offiziere eifrig die Personallisten der Beamten, bei denen sie sich besonders für den Geburtsort interessieren. Weiterhin fertigen sie Auszüge über das Militärverhältnis der Beamten an.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß als eine der angedrohten Sanktionen in der letzten Nacht eine große Anzahl **leere Eisenbahnwaggons beschlagnahmt** werden sollen. Weiter sollen **leere Schleppkähne**, die sich auf dem Rhein und dem Rhein-Herne-Kanal befinden, ebenfalls beschlagnahmt werden.

Havas berichtet: Die **französische**, die **belgische** und die **italienische** Regierung haben den Befehl zur sofortigen **Ausbeutung der Domanialforsten** am linken Rheinufer erteilt als **Sanktion** für die am 26. Dezember durch die Reparationskommission festgestellten deutschen Verfehlungen bei den **Holzlieferungen.**

*

Wie der „Vorwärts" aus **Essen** meldet, fand gestern nachmittag zwischen dem französischen Oberst **Simon** und den **Bezirksleitungen der Eisenbahnerverbände** eine Aussprache statt. Oberst Simon äußerte den Wunsch, daß die **Arbeiterschaft der Besatzungsbehörden Vertrauen entgegenbringen** sollten. Alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter würden wohlwollend geprüft und nach Möglichkeit zugunsten der Arbeiterschaft geregelt werden. **Die Arbeiter aber protestierten** zunächst gegen die **Besetzung**, die sie als **Rechtsbruch und Vergewaltigung** bezeichneten. Als Vermittler in Arbeiterfragen würden sie nur die **deutschen** Behörden anerkennen. Zur Besatzungsbehörde hätten sie kein Vertrauen und wollten am liebsten überhaupt

Mit einer Beilage: 9. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mit ihr nicht in Berührung kommen. Für Verhandlungen käme nur die deutsche Eisenbahnverwaltung in Frage. Das Wohlwollen der Besatzungsbehörden gegenüber den Arbeitnehmern sei übrigens schon dadurch widerlegt, daß durch die Besetzung eine **Steigerung der Preise für Lebensmittel um 50 Prozent** eingetreten sei.

Die Eisenbahnen melden starke Truppentransporte in östlicher Richtung, so gestern morgen weitere 7 Züge. **Dortmund**, das von 1500 Mann besetzt ist, die unter dem Befehle der Generale de Bisy und Ramont stehen, wurde von größeren Truppenabteilungen passiert, die östlich, südlich und südöstlich weiterziehen.

In **Buer-Erle** ließ ein französischer Major den Polizeikommissar einige Stunden einsperren, weil er innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht die für das Nachtquartier der Truppen angeforderten 12 vollständigen Betten mit Bettgestellen, 30 Betten u. 450 Strohsäcke beschaffen konnte. Es gelang schließlich die Forderung auf die Hälfte herabzuschrauben, was für die Stadt noch immer eine Millionenausgabe bedeutet, da die Strohsäcke, von denen das Stück 5000 M. kostet, gekauft werden müssen.

Der **Belagerungszustand in Essen** hat eine weitere **Verschärfung** erfahren, indem jetzt auch Aufzüge und Umzüge der Versammlungen der vorgeschriebenen Genehmigung, die 3 Tage vorher eingeholt werden muß, unterliegen. **Die Preise steigen sprunghaft.** Die Besatzungstruppen wurden bisher in 10 Volksschulen und einer höheren Schule untergebracht. Der Schulunterricht in den in Frage kommenden Schulen mußte ausgesetzt werden.

Die Stärke der Ruhrarmee.

Im Anschluß an französische Beschwichtigungsversuche wegen der Ausdehnung der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets sowie zur Prüfung der von Poincaré vor der Durchführung der Aktion angekündigten Mäßigung hat Staatssekretär **Hughes** den französischen Botschafter in Washington **Jusserand** gebeten, dem Staatsdepartement Mitteilung über die **Stärke der französischen Truppen im Ruhrgebiet** zu machen. Nach Anfrage bei **Poincaré** erklärte Jusserand, daß sich insgesamt 45 000 Mann im Ruhrgebiet befänden. Das Staatsdepartement wies auf die in den Zeitungen aus Essen gebrachte Mitteilung von der Anwesenheit von 100 000 Mann im Ruhrgebiet hin mit dem Bemerken, daß auch die von Jusserand genannte Ziffer von 45 000 bei weitem die vor knapp einer Woche erwähnte Zahl von 7500 übertreffe. Die französische Regierung ließ erklären, daß die Ziffer von rund 45 000 Mann das Maximum darstelle und daß auch diese Zahl durch die Opposition Deutschlands gerechtfertigt werde.

Gegen Tanzbelustigungen, Alkoholmißbrauch und Schlemmerei.

Der Berliner Polizeipräsident wird die **Polizeistunde** von heute, den 18. Januar an auf 11 Uhr abends festzusetzen. Zugleich wird ein **Verbot sämtlicher Tanzlustbarkeiten** ergehen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Früherlegung der Polizeistunde und das Verbot der öffentlichen Tanzlustbarkeiten generell durch die **Reichsregierung** ausgesprochen werden, wie überhaupt die Reichsregierung beabsichtigt, in nächster Zeit Maßnahmen zu treffen, die dem **Alkoholmißbrauch und der Schlemmerei** entgegentreten sollen. Es ist beabsichtigt, die Erteilung von Konzessionen für Gastwirtschaften an schärfere Bedingungen als bisher zu knüpfen und die Möglichkeit in der Zurückziehung bereits erteilter Konzessionen auszudehnen. Außerdem soll der **Alkoholausschank an Jugendliche verboten** werden.

Um die rasche Durchführung aller dieser und noch weiterer Maßnahmen zu ermöglichen, war von der **Reichsregierung** bei den Reichstagsfraktionen die Erlassung eines **Ermächtigungsgesetzes** angeregt worden, das der Regierung gestattet hätte, im Verordnungswege vorzugehen. Nach einer Besprechung im Ältestenrat des **Reichstage**, die gestern vormittag stattfand, wurde auch von den bürgerlichen Parteien ein entsprechender Initiativgesetzantrag eingebracht. Nach seinem Wortlaut sollte die Reichsregierung ermächtigt werden, „mit Zustimmung des Reichsrats diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abwendung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren als notwendig erweisen". Die Verordnungen sollten dem Reichstage unverzüglich zur Kenntnis gebracht und auf sein Verlangen außer Kraft gesetzt werden. Im Laufe der Beratung in der Plenarsitzung des Reichstages kamen auch die antragstellenden Parteien überwiegend zu der Einsicht, daß die Ermächtigung, die in diesen Sätzen ausgesprochen wurde, zu unklar und ausdehnungsfähig sei, und man einigte sich deshalb darauf, den Antrag zunächst dem **Rechtsausschuß** zu überweisen. Dazu ist es allerdings infolge der Beschlußunfähigkeit des Hauses nicht mehr gekommen. Möglicherweise wird nun die **Regierung selbst** einen klar genug formulierten **Gesetzesvorschlag** einbringen, der dann in der nächsten Woche verabschiedet werden könnte. Für diese Wahrscheinlichkeit spricht im übrigen die Tatsache, daß, wie wir hören, das **Reichskabinett** gemeinsam mit dem **preußischen Kabinett** in den Abendstunden eingehende Beratungen über die zu ergreifenden Maßnahmen gepflogen hat. Über den Verlauf dieser Erörterungen werden zur Stunde Einzelheiten noch nicht mitgeteilt.

Dr. Luther zur Ernährungslage.

Im Reichsernährungsministerium hat gestern eine Aussprache zwischen dem Minister **Dr. Luther** und **Gewerkschaftsvertretern** aller Richtungen stattgefunden. Der Minister gab einleitend eine Übersicht über die gesamte Ernährungslage in Deutschland und schilderte in großen Zügen die **Aussichten für die kommenden Monate.** Nach den letzten Schätzungen ist die **Brotversorgung** mit Hilfe des bereits bestellten Auslandsgetreides und des noch einkommenden Umlagegetreides **bis Ende Juni oder Mitte Juli gesichert.** Die **Kartoffelversorgung** sei im allgemeinen befriedigend. Schwierig sei dagegen die **Fettversorgung**, da sowohl Margarine als auch Schmalz größtenteils in ihren Rohstoffen vom Ausland bezogen werden müßten. Die Verschlechterung der Valutaverhältnisse würde hier wohl gewisse Einschränkungen bei den Verbrauchern von selbst notwendig machen. An Hand von Zahlen gab der Minister dann ein Bild des **Fleischverbrauches**, der im Jahre 1921 seinen tiefsten Stand erreichte, dann eine leichte Besserung erfahren habe, jetzt aber von neuem in bedenklicher Weise gesunken sei. Die Regierung sei jedoch bemüht, die Einfuhr von **Gefrierfleisch** in erhöhtem Maße vorzubereiten, und man hoffe, Gefrierfleisch im Wege der Warenbezahlung importieren zu können.

Dann äußerte sich der Minister eingehend über die Ernährungslage im **Ruhrgebiet.** Die **Franzosen** seien bei ihrem Einmarsch äußerst erstaunt gewesen über die geringen Vorräte an Lebensmitteln, und sie hätten angenommen, daß die vorhandenen Bestände ins unbesetzte Gebiet beiseite geschafft worden seien. Das sei ein verhängnisvoller Irrtum auf französischer Seite. Man sei sich offenbar selbst in Kreisen der französischen Regierung über die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes vollkommen im Unklaren. Man lege an das verarmte, von neuer Okkupation heimgesuchte Deutschland französischen Maßstab an, und insofern dürfte der **Einmarsch der Franzosen wenigstens eine Aufklärung über die wahren Verhältnisse in Deutschland bringen.** Die Reichsregierung sei nach Kräften bemüht, die Versorgung des Ruhrreviers sicherzustellen. Sie müsse und werde aber auch alles tun, um eine **Abwanderung** der für die Ruhrbevölkerung beschafften Lebensmittel zu **verhindern.** Es bestehe die **Gefahr, daß diese Lebensmittel von Franzosen und leider auch von deutschen, in französischem Solde stehenden Aufkäufern,** erworben und nach dem übrigen besetzten Gebiet ausgeführt würden. Das dürfe im Interesse der gesamten deutschen Bevölkerung nicht geschehen. Die **Zuckervorräte** im Lande seien nach der Auffassung des Ministeriums ausreichend, so daß eine Zwangsbewirtschaftung nicht in Frage komme. Die Bevölkerung werde jedoch durch die jetzt geltenden Preise vom Kaufen abgeschreckt.

Es sei daran gedacht worden, die Zahl der **Fleischgerichte** in den **Restaurants einzuschränken, Eier** nur für die Mittagsmahlzeiten zuzulassen und den Verbrauch von **Milch** in den Kaffees und Restaurants zu untersagen. Auch der Verbrauch von **Butter** zur Zubereitung der Speisen in Gastwirtschaften sei heute nicht zu billigen. Weiter seien notwendig Maßnahmen gegen eine übergroße Verwendung von Mehl zum Kuchenbacken. Schließlich solle auch **gegen die Schlemmerlokale und Luxusdielen** in kürzester Zeit mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Von den Gewerkschaftsvertretern wurden besonders für Fleisch und Milch Maßnahmen verlangt, die auf eine grundlegende Änderung des bisherigen freien Wirtschaftssystems hinauslaufen. Dr. **Luther** erwiderte, daß der Ausbau des Zwangswirtschaftsapparates gegenwärtig nicht möglich sei, sondern, daß es darauf ankomme, schnell zu handeln. Am Schluß der Aussprache teilte der Minister mit, daß das Kabinett sich umgehend mit den von ihm mitgeteilten Vorschlägen beschäftigen werde.

Deutscher Reichstag.

Beginn nachmittags 2 Uhr. Zu Beginn der Sitzung verlas Präsident **Loebe** ein vom **Salzburger Landtag eingegangenes Telegramm,** in welchem der Landtag, wegen der neuerlich über alles Recht erfolgten Vergewaltigung Deutschlands durch die unter nichtigen und heuchlerischen Vorwänden veranlaßte französische Besetzung des Ruhrgebietes seiner tiefen Trauer, aufrichtigen brüderlichen Teilnahme und bangen Sorge um die Zukunft Ausdruck gibt. Das Telegramm schließt: „Möge diese Not des deutschen Volkes es einmütig zusammenführen zur Überwindung dieser schweren Zeit und ihm den Weg zur Freiheit weisen." (Lebhafter Beifall.)

Präsident **Loebe** dankt dem Salzburger Landtag und knüpft daran, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, folgende Ausführungen:

Nach neuerlichen Nachrichten ist kein Zweifel, daß die **militärische Besetzung das erste Menschenleben** gefordert hat. Veranlaßt war der Mord an dem Sohn eines Lokomotivführers durch das Singen von Liedern, was die Eroberer als gegen sich gerichtet betrachteten. Das genügte, um die fremden Soldaten zu veranlassen, in die **Menge hineinzuschießen** und die Bevölkerung zu beunruhigen. Das Blut kommt auf das Haupt der Männer in Paris, die den militärischen Einmarsch gegen das unbewaffnete Volk des Ruhrbeckens befohlen haben. Ich wiederhole blutenden Herzens meine Mahnung zur **Besonnenheit an die Landsleute im Ruhrgebiet,** aber auch die Warnung an die **Gewalthaber,** die aus diesem Vorgehen sehen müssen, daß, wenn sie hier nicht Halt gebieten, sie einem furchtbaren Ende entgegentreiben. Sie müssen endlich einsehen, daß die täglich erweiterte Besetzung die Reparation nicht fördert, aber **Haß und Erbitterung** ins Riesengroße treibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Präsident erhält die Ermächtigung, einen Initiativantrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschvölkischen auf die Tagesordnung zu setzen:

„Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats diejenigen **gesetzlichen Maßnahmen** anzuordnen, die sich zur **Abwendung** der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not der Allgemeinheit **drohenden Gefahren** als notwendig erweisen. Verordnungen sind dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen außer Kraft zu setzen."

Hierauf wurden mehrere Anfragen erledigt.

Auf eine Anfrage des Abg. **v. Schoch** (Dt. Vp.) wurde bestätigt, daß die französischen Besatzungsbehörden einen Düsseldorfer Arbeiter wegen einer harmlosen Äußerung ausgewiesen haben und daß die Zurücknahme der Ausweisung des früheren Bürgermeisters von Landau an die Bedingung geknüpft wurde, daß er kein öffentliches Amt mehr ausübt und sich jeder politischen Tätigkeit enthält. Der französische Offizier, der auf dem Bahnhof in Landau einen Schaffner geschlagen und verhaftet hat, weil dieser nach dem Fahrtausweis fragte, habe einen Verweis erhalten.

Der Gesetzentwurf, der den Reichsarbeitsminister ermächtigt, die **Ortslöhne und Arbeitsverdienste** der landw. Arbeiter für Versicherungszwecke der Geldentwertung anzupassen, wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen.

Sodann kommt der sozialdemokratische Antrag auf **Einsetzung eines Unterausschusses zur Beratung,** der feststellen soll, wieweit Produzenten, Klein- und Großhandel die **Warenpreise unbegründet erhöht** haben.

Abg. **Seppel** (Soz.) begründet den Antrag und meint, daß die Gestehungskosten für deutsche Waren nicht entfernt so gestiegen seien, wie die Anpassung an den Weltmarktpreis das gerechtfertigt erscheinen lasse. Die Ruhrbesetzung werde die Tendenz zur Preiserhöhung noch steigern, daher müsse die Regierung dafür sorgen, daß die Lasten des Vaterlandes nicht wieder allein auf die Schultern des Proletariats gelegt werden. Nur auf dem Wege der Gesetzgebung werde eine gewisse Rationalisierung der Wirtschaft und durch Eindämmung der schrankenlosen Macht der Kartelle und Syndikate könne die Gewinnsucht der Sachwertbesitzer begrenzt werden.

Abg. **Karthaus** (Zentr.) protestiert dagegen, daß die Frage der Nahrungsmittelversorgung zur Parteisache gemacht werde. Die Ernährungsfrage werde am besten gelöst, durch ein **Zusammenwirken der großen Organisationen** der Produzenten, Händler und Konsumenten. Die Vorwürfe gegen die selbständigen Gewerbetreibenden seien ungerechtfertigt, denn ohne den freien Handel sei eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung nicht möglich. Die Besetzung des Ruhrgebiets lehre uns, daß die Schichten des Volkes zusammenstehen müßten, um die furchtbaren Folgen des Gewaltaktes zu lindern. Dem Untersuchungsausschuß stimmt der Redner zu und tritt auch für eine Einschränkung der Allmacht der Kartelle und Syndikate ein.

Abg. **Hammer** (Dt. Nat.) begrüßt es, daß der Antrag inzwischen in folgende Fassung gebracht worden sei: „Die Regierung wird ersucht, der unbegründeten Erhöhung der Warenpreise durch Produzenten, Groß- und Kleinhändler mit allen Mitteln entgegenzutreten." In dieser Form sei der Antrag eher annehmbar, weil die ungerechten Übergriffe gegen einzelne Erwerbsschichten aus ihm verschwunden seien.

Abg. **Betthien** (D. Vp.) hält gleichfalls die Ausschaltung aller politischen Tendenzen bei der Behandlung dieser wirtschaftlichen Fragen für notwendig. Seine Partei verurteile jeden Wucher. Deshalb stimme sie dem jetzigen Antrag zu. Wenn das ehrbare Unternehmertum sich gegen den Verlust seiner Substanz wehre, so sei das selbstverständlich. Das treffe auch für die Kartelle zu. Auswüchse müßten bekämpft werden, aber man dürfe das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Jedenfalls könne die Forderung des Wiederbeschaffungspreises nicht als Wucher betrachtet werden und bei entsprechender Anwendung dürften die bisherigen Wuchergesetze ausreichen.

Abg. Frau Dr. **Bäumer** (Dem.) sieht die Schwierigkeiten in der Frage weniger in dem Treiben als in der Tatsache, daß die Nahrungsmittelversorgung, vor allem die **Milchversorgung** für die Masse der Bevölkerung nicht ausreiche. Mit Wuchergesetzen und Kontrollvorschriften sei diese Not nicht zu beseitigen. Hier könnten neben dem Verbot der Luxuseinfuhr nur **produktive soziale Hilfsmaßnahmen** Besserung bringen. In diesem Sinne würden die Demokraten dem Antrag zustimmen.

Abg. **Koenen** (Komm.) bezeichnet den Antrag der Sozialdemokraten als ein agitatorisches Mittel, um ihre Mitschuld an der Teuerung zu verdecken. Die bisherige Steuerpolitik, die die Besitzenden geschont und die wucherische Kohlen- und Umsatzsteuer gebracht habe, sei die eigentliche Ursache der unerträglichen Teuerung.

Abg. **Wegmann** (Unabh.) weist auf die Gewinne der Großindustrie hin, die in aufreizendem Gegensatz zu der Verelendung der Arbeiterschaft ständen. Mit dem vorliegenden Antrag könne der unerträglichen Teuerung kein Ende gemacht werden, wenigstens nicht unter der Regierung Cuno. Helfen könne hier nur die organisierte Arbeiterschaft, die mit aller Kraft die Erfassung der Sachwerte durchsetzen werde.

Der abgeänderte sozialdemokratische Antrag wird hierauf einstimmig angenommen. Es folgt der vom Präsidenten beim Sitzungsbeginn verlesene Antrag auf Erlaß eines **Ermächtigungsgesetzes,** der die Unterschriften der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie trägt.

Abg. **Dittmann** (Soz.) erklärt, die Unterschrift seiner Fraktion könne nur durch einen Irrtum des Reichstagsbüros unter den Antrag gekommen sein. Die Fraktion habe ihre Zustimmung dazu nicht gegeben. Die sozialdemokratische Fraktion sei dagegen, daß der Reichstag in dieser kritischen Situation auseinandergehen will.

Abg. **Höllein** (Komm.) protestiert gegen den Antrag, der eine Wiederholung des Ausnahmegesetzes von 1914 sei und der die unverhüllte Diktatur des Kapitalismus aufrichten wolle. Der Redner begründet einen umfangreicheren kommunistischen Antrag, worin die Regierung aufgefordert wird, sofort bei den Industriellen die gestundeten Steuerbeträge aller Art mit Verzugszinsen einzuziehen und beantragt weiter die Schaffung von Gesetzen zur Kontrolle der Preisgestaltung durch Konsumentenausschüsse, zum Schutze der Arbeiter und Angestellten vor **Arbeitslosigkeit** und ihre Folgen, sowie **Sicherstellung des Kohlenbedarfs** der minderbemittelten Bevölkerung und Anpassung des Kohlenpreises an das Einkommen.

Abg. **Ledebour** (Unabh.) äußert Entrüstung darüber, daß der Reichskanzler dieser Debatte nicht beiwohnt und daß kein Unterzeichner des Antrags das Wort zu seiner Begründung genommen habe. Dieser Antrag sei doch sicher auf Bestellung der Regierung eingebracht worden und diese Regierung, die sich hier weitgehende Ausnahmerechte einräumen lassen wolle, besitze die Unverschämtheit, nicht einmal dabei im Reichstag zu erscheinen. Die Regierung könnte mit einer solchen Machtvollkommenheit ausgerüstet, sogar Ausnahmegesetze gegen Parteien erlassen und mißliebige Personen verhaften lassen. Nach einer Polemik gegen die Rechtsparteien wendet sich der Redner an die Linksparteien und appelliert an ihr proletarisches Gewissen, sich in rücksichtslosem Klassenkampf zusammenzufinden.

Abg. **Guérard** (Zentr.): In der außerordentlich schwierigen politischen Lage, in der wir uns befinden, wollten wir mit unserem Antrag der Regierung die Mittel in die Hand geben, die sie braucht. Nachdem die Sozialdemokratie ihm widersprochen hat, beantragen wir seine Verweisung an den Rechtsausschuß. Wir beantragen weiter, daß sich der Reichstag bis zum nächsten Donnerstag vertagt, mit der Maßgabe, daß der Präsident nötigenfalls eine frühere Sitzung einberufen kann.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. **Ledebour** (Unabh.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vizepräsident Dr. **Rießer** stellt fest, daß das Büro das Haus für beschlußunfähig hält. Er macht daher von der in diesem Falle dem Präsidenten zustehende Befugnis in der Weise Gebrauch, daß er nunmehr selbst die nächste Sitzung auf den nächsten **Donnerstag, 2 Uhr** nachmittags ansetzt, mit der Maßgabe, daß der Präsident auch früher eine Sitzung einberufen kann. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht der Etat und kleinere Vorlagen. Schluß ½8 Uhr.

Elsaß-Lothringen und die Ruhrbesetzung.

A. K. Der Eindruck der neuesten Gewaltpolitik Frankreichs in elsaß-lothringischen Kreisen ist von besonderem Interesse, einmal weil wir es hier mit einer Bevölkerung zu tun haben, die durch die geschichtliche Entwicklung zu einer eigen gearteten Einstellung gegenüber den Nachbarn in Ost und West gekommen ist, zum anderen, weil dem Lande die Dinge im wesentlichen durchaus in der Frisierung der Pariser offiziellen Pressemeinung vorgestellt werden und endlich deshalb, weil aus den Urteilen in diesem außenpolitischen Fragenkomplex ein gewisser Rückschluß auf die Stimmung im „befreiten" Elsaß-Lothringen überhaupt zulässig sein muß.

Soweit die „öffentliche Meinung" des Landes aus den Äußerungen der Presse gelesen werden soll, ist besondere **Vorsicht** am Platze. Die Haltung der Blätter ist so stark bedingt von oft sehr verkannten Rücksichten auf die innerpolitischen und die speziell einheimischen Interessen, daß **recht Vieles und recht Wesentliches ungesagt bleibt** oder nur zwischen den Zeilen zu lesen ist.

Die großen Blätter der katholischen und der demokratischen Kreise sind im vorliegenden Falle dadurch stark gehemmt, daß sie als die Presse des „nationalen Blocks" dessen auswärtige Politik zu **decken** die Verpflichtung fühlen. Wenn auch Blätter dieser Richtung zum Ausdruck bringen, daß die Meinung des Landes **gegen das französische Vorgehen starke Zweifel** hinsichtlich der ganzen Art der Aufmachung wie auch der Begründung und Erfolgsicherheit hegt, so darf man daraus getrost schließen, daß die Stimmung im allgemeinen **ablehnend** diesem neuesten Abenteuer gegenübersteht. So verdient die Stimme etwa des **„Elsässer Kuriers"**, des großen deutschsprachigen Colmarer katholischen Blattes, erhöhte Beachtung, wenn hier außerordentlich vorsichtig angedeutet wird, daß **das Vorgehen Poincarés heftiger Kritik begegne.** „Eine gewisse Bewegung hat sich der öffentlichen Meinung bemächtigt, vorab im Elsaß, wo man dergleichen Vorgänge mit einer Spannung verfolgt, die sich erklärt aus dem allernächsten Interesse, das unsere Provinz an Verwicklung oder Abwicklung der deutsch-französischen Differenzprobleme hat. Die Gerüchte, die um-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gehen, und die Redensarten, die zu hören sind, die Kommentare und Diskussion in Kreisen der Intellektuellen oder in Volkskreisen, sind interessant genug und geben demjenigen, der ihnen mit ernster Reflektion zu lauschen weiß, ein recht buntes Bild der Stimmung" (!!) „Bezüglich der etwa zu erwartenden Resultate dieses neuen Vorgehens darf man ebenso kühl und illusionslos sich seine Gedanken machen, mit dem frommen Wunsche, der Erfolg möge die bescheidene Erwartung um einiges übersteigen." . . „Eine schwere Aufgabe ist Frankreich und seinen Vertretern gestellt mit dem Plan einer Ausbeutung der Schätze eines deutschen Industriegebiets, welches, man beachte das wohl, nicht staatlicher Besitz, sondern privates Eigentum ist. Es ist nicht recht einzusehen, was eine französische Besatzung irgendwelcher Art im Falle eines Streiks tun könnte, noch auch welche weiteren Folgen dies nach sich zöge." Gegenüber der unbekümmerten Miene der französischen Zeitungen muß der „Elsässer Kurier" betonen, daß „unser ernstes und nachdenkliches Temperament es nicht gestattet", die Dinge so leicht zu nehmen. **„Wir staunen beinahe über diese Sorgenfreiheit."**

Viel entschiedener ist die Ablehnung des ganzen Unternehmens naturgemäß in den Blättern der Linken, als deren bezeichnende Vertreter die **„Straßburger Freie Presse"** (sozialistisch) und die Straßburger **„Republique"** (rad.-soz.) anzusprechen sind. Diesen Blättern fehlt die Belastung mit der Rücksichtnahme auf die Haltung der Kammer.

Unter dieser Flagge des Protestes gingen die Versammlungen, die die Sozialisten und nach ihnen die Kommunisten verschiedenerorts einberufen haben, und deren voller Erfolg und stets überaus starker Besuch erneut bewiesen hat, daß **das Elsaß und Deutschlothringen für die chauvinistische Taktik und das Säbelrasseln der Herren in Paris nicht das mindeste übrig haben.** Ausdrücklich stellt die „Republique" in ihrem Berichte über die erste dieser Versammlungen, die den Straßburger Aubette-Saal füllte, fest, daß sich „das Auditorium augenscheinlich nicht allein aus Angehörigen der sozialistischen Partei zusammensetzte, sondern aus parteilich verschiedenfarbigen Elementen, die durch ihren Applaus bewiesen, daß sie mit der von den Sozialisten **ergriffenen Initiative voll und ganz einverstanden sind."**

Interessant ist auch die Aufmachung folgender Meldung der **„Straßburger Freien Presse"** vom 9. Januar: **„Überall Truppenbewegungen im Elsaß":**

„Während Herr Poincaré die Stirn hat, in Paris äußerst harmlos zu tun, so, als ob von Einmarsch in die Ruhr gar keine Rede wäre und als ob an Truppenaufgebote gar nicht gedacht würde, **werden aus ganz Elsaß-Lothringen Truppenbewegungen und Truppenkonzentrationen gemeldet,** so aus Straßburg, Metz und Colmar. Zahlreiche Eisenbahnbeamte haben außerdem Befehl erhalten, sich bereit zu halten, und andere sind schon in großer Zahl abgereist."

Der Herausgeber der **„Republique"**, Camille Dahlet, erklärt seine ablehnende Haltung gegen das Ruhrabenteuer mit **der verunglückten Retorsions-Maßnahme Poincarés mit der** er sich — und uns — **tüchtig in die Nessel gesetzt hat.** Er sagt daher: **„Wenn sich Herr Poincaré das Sanktionsabenteuer nicht besser überlegt hat als das Retorsionsabenteuer, so ist es schlimm, und kein Mensch weiß, wohin er uns führt."**

Zur Beleuchtung der Leutchen, die im entscheidenden Augenblick immer auf der Bildfläche erscheinen, um „im Namen des Elsaß" in Chauvinismus zu machen, hier nur noch ein Auszug aus dem Telegramm der **„Ligue des Alsaciens-Français"** an Poincaré: Nach der „Republique" werden ihm darin die **Glückwünsche** für den „Akt nationaler Energie" ausgesprochen, „der die Deutschen zwingen wird, die Ruinen, die sie Frankreich und der Menschheit geschlagen haben, zu reparieren". Weshalb diese Herren nie in der breiten Öffentlichkeit sich zeigen?! Etwa in jener großen Straßburger Volksversammlung?!

Alkohol und Politik in Amerika.

Der Kampf um den Alkohol und seine Einwirkung auf die innere und die äußere Politik der Vereinigten Staaten.

Aus New York wird uns geschrieben:

Der Kampf um den Alkohol wird mit unverminderter Schärfe fortgeführt und hat auch bei den eben stattgehabten so wichtigen politischen Wahlen eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt. Die Anhänger der Prohibition, die zum großen Teil im republikanischen Lager zu finden sind, obwohl das Prohibitionsgesetz unter demokratischem Regime angenommen wurde, haben sich auf die angeblichen großen sozialen und gesundheitlichen Erfolge des Alkoholverbots berufen. Sie verwiesen auf den Segen, den im Staate Massachusetts die Prohibition zum mindesten den arbeitenden Schichten der Bevölkerung gebracht habe. Dort sei die Zahl der polizeilichen Festnehmungen wegen Trunkenheit von 108 000 im Durchschnitte der Jahre 1912—18 auf 48 000 im Durchschnitte der Jahre 1920—21 heruntergegangen. Die Zahl der Todesfälle auf Grund von Alkoholismus hätte sich um 65 Prozent, der Geschlechtskrankeiten um 85 Prozent vermindert. Auch habe sich die Belegung der Armenhäuser wesentlich verringert, der Ernährungszustand der Arbeiterkinder habe sich gehoben, der Schulbesuch sei besser geworden.

Ein Teil der Demokraten ist in der Wahlbewegung — ob aus innerer Überzeugung oder um des Stimmenfangs willen sei dahingestellt — der Prohibition scharf zu Leibe gegangen. Der demokratische Staatskonvent in Springfield nahm eine Entschließung an, in der die Wiederkehr von Bier, und leichten Weinen „im Interesse von Gesetz und guter Gesundheit, bürgerlichem Anstand und wahrer Mäßigkeit" gefordert wurde. Der demokratische Kontent von Springfield hat also zweifellos den Ziffern über Massachusetts keinen Glauben geschenkt. Prohibitionsgegnerische Demokraten haben auch angeführt, daß man die Wiedergenehmigung der Bierbrauerei sozialen Zwecken nutzbar machen könnte, indem man eine Steuer von 20 Cents für die Gallone (4½ Liter) erhöbe und diese Steuer, die etwa 500 bis 600 Millionen Dollar ergeben würde, für soziale Aufgaben verwende. Man kann natürlich nicht ziffernmäßig beweisen, aus welchem Grunde der einzelne Wähler seine Stimme der einen oder der anderen Partei gegeben hat, aber es spricht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Prohibitionsfrage für den Erfolg der demokratischen Partei nicht ohne Einfluß gewesen ist. Jedenfalls behaupten die Prohibitionsgegner, im Kongreß 80 Mandate gewonnen zu haben.

In der äußeren Politik hat die Rigorosität der Durchführung des Prohibitionsgesetzes, insbesondere die Anwendung auf Schiffe, zu gewissen Verstimmungen, vor allem im Verhältnisse zu England, geführt. Der englische Botschafter Sir Auckland Geddes hatte schon Ende September im Namen der großbritannischen Regierung gegen die Bestimmung protestiert, die amerikanischen Beamten das Recht einräumt, innerhalb einer Zone von 4 Seemeilen Schiffe auf Alkoholladung zu untersuchen. Trotz dieses offiziellen Einspruchs Großbritanniens traten die Bestimunmgen über die Durchsuchung am 7. Oktober in Kraft und am gleichen Tage ging allen auswärtigen Missionen in Washington ein Schreiben des Staatssekretärs Hughes zu, in dem mitgeteilt wurde, daß jegliche Verschiffung von Alkohol auf amerikanischen Schiffen in allen Gewässern und auf fremden Schiffen in amerikanischen Gewässern dem amerikanischen Alkoholverbote zuwiderlaufe.

Zu einer erneuten Reibung zwischen dem Außensekretär Hughes und dem englischen Botschafter Geddes kam es, als die amerikanische Regierung das Recht der Durchsuchung fremder Schiffe nach Alkohol auf eine Zone von 10 Seemeilen ausdehnen wollte. Es entwickelte sich zwischen Hughes und Sir Auckland Geddes eine Korrespondenz, in der Geddes im Namen seiner Regierung der amerikanischen Regierung das Recht der Durchsuchung englischer Schiffe auf hoher See absprach.

Aber nicht nur von diplomatischer Seite wurde gegen die Verordnung der amerikanischen Regierung Stellung genommen, sondern auch durch die großen Schiffahrtslinien. Verschiedene Schiffahrtsgesellschaften haben beim „United States District Court" Klagen gegen die Durchführung der neuen Bestimmung angestrengt. Ein Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zur vorläufigen Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ist bereits vom Gericht abgelehnt worden.

Englische Schiffe kommen durch die amerikanische Verordnung auch insofern in eine prekäre Lage, als, woran amerikanische Zeitungen erinnern, nach einem alten englischen Gesetze jedes seefahrende Schiff zwecks Bekämpfung gewisser Krankheiten eine bestimmte Menge Alkohol an Bord haben muß und, wenn dies nicht der Fall ist, Gefahr läuft, englische Häfen nicht anlaufen zu dürfen. Hier stehen also englisches und amerikanisches Gesetz einander schnurstracks gegenüber.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Nachmittags-Sitzung.

DZ. Karlsruhe, 17. Januar.

In der fortgesetzten **Aussprache über die Wirtschaftsnot** begründete Abg. **Gebhard** (Landbund) einen Antrag gegen die Getreideumlage.

Abg. **Rückert** (Soz.) führte aus, Arbeiter und Beamte erhielten nicht den Reallohn der Friedenszeit. Es müsse deshalb **auch die Landwirtschaft Opfer bringen.** Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten es so weit gebracht, daß nichts mehr übrig geblieben ist, als auf der einen Seite ein **großes Volk in Not und auf der andern Seite eine Anzahl Besitzender, die dauernd ihren Besitz vermehren.** Diese **Kapitalmacht** sei eine Gefahr **für den Staat.** Der Abg. Bock habe ein Loblied auf Rußland gesungen, aber vergessen, daß dort die Spielhöllen blühen. Die Gewerkschaften seien sich bewußt, daß alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen zur Linderung der Not der Klein- und Sozialrentner. Wenn die Verhältnisse in Deutschland und Europa gebessert werden sollen, so sei die erste Voraussetzung die **Revision des Friedensvertrages. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir das Vertrauen der Welt wieder bekommen.** Auch die Sozialdemokratie sei mit allen Maßnahmen einverstanden, die zur **Hebung der Produktivität der Landwirtschaft und Verbilligung der Düngemittel** beitragen. Auch die Produktivität der Industrie könnte gesteigert werden. Leider lege man nach der Kriegszeit nicht mehr das nötige Gewicht auf eine rationelle Ausgestaltung der Betriebsführung. Am Achtstundentag dürfe nicht gerührt werden. Mehr noch wie bisher möge man die Politik der Konzerne beobachten. Notwendig sei der Ausbau der Sozialgesetzgebung zugunsten aller Darbenden, die endliche Schaffung des Arbeitslosengesetzes, eine vernünftige Wirtschaft und Zollpolitik sowie der soziale Ausgleich im Innern und die Wahrung unserer Kulturgüter gegen die Verlockungen des Dollars.

Abg. Mager (D.-Natl.) kritisierte, daß die Ortskrankenkassen, Ärzte und Apotheker zu lange mit den Zahlungen warten ließen. Im übrigen dürften die **freien Berufe** nicht allzu große Ansprüche an den Staat stellen, sondern sich mehr auf die Selbsthilfe verlassen. Eine Anzahl Dozenten müßten ausschließlich von den Kollegiengeldern und dem leben, was sie sich als Schriftsteller erarbeiten. Der Staat möge ihnen deshalb einen größeren Teil des von den Ausländern zu zahlenden erhöhten Honorargeldes abgeben. Der Redner bekämpft scharf die kommunistischen Ideen.

Abg. **Weber**-Baden (D. Vp.): Das Hineinwachsen der kleinen umationellen Betriebe in die Großen ergibt sich bei der heutigen Geldentwertung ganz von selbst. Die Angriffe auf die Winternothilfe sind unangebracht. Es ist zwar lange nicht genug herausgekommen, aber an einzelnen Stellen hatten wir respektable Summen zu verzeichnen. Die Kleinrentnerfürsorge sollte vom Bürokratismus frei bleiben. Pflicht der Besitzenden sei es, die Nothilfe namentlich für die geistigen Berufe zu organisieren. Der Redner trug dann Wünsche der Ärzte und Anwaltschaft vor.

Abg. **Schmitt** (Zentr.) trat dem Abg. Gebhard entgegen, der Landbund wolle das Umlagegesetz sabotieren, nicht zugunsten der Kleinbauern, sondern im Interesse der Großbauern.

Abg. **Ritter** (Komm.) sieht die Ursache allen Elends im kapitalistischen System.

Abg. Dr. **Kullmann** (Soz.) besprach speziell die Lage der Anwaltschaft. Er würdigte die Bedeutung dieses Standes für die Rechtspflege und seine Notwendigkeit im Interesse der Rechtswissenschaft. Die Rechtsanwaltschaft sei sehr gut beschäftigt; auch bestehe kein niedriger Konkurrenzgeist, der besondern den jungen Anwälten das Auftreten schwer mache.

Im Kampf um den Wildjak.

Sven Hedins erste Erzählung „Tsango Lamas Wallfahrt" ist Ende 1921 mit dem ersten Band „Die Pilger" begeistert aufgenommen worden. Der soeben folgende Band „Die Nomaden", aus dem wir durch das Entgegenkommen des Verlags Brockhaus eine Textprobe bringen können, besitz dieselben Vorzüge, die seinen Vorgänger auszeichneten, in womöglich noch höherem Maße. Nur ein Mann, der wie Sven Hedin ebenso sehr Gelehrter wie Dichter ist, konnte im Rahmen dieser ungemein spannenden, abenteuerreichen Erzählung Land und Leute im verschlossenen Hochtibet mit dger vollen Wahrheit des Lebens darstellen. Der Buchschmuck nach tibetischen und mongolischen Motiven ist wieder sehr ansprechend. Alt und Jung werden auch diesen zweiten Band mit besonderer Freude begrüßen.

Der junge mongolische Fürstensohn Tsangpo Lama befand sich mit der heiligen Pilgerkarawane aus China auf dem Weg nach der heiligen Stadt Taschi-lunpo in Tibet. Unterwegs war er im Hochgebirge von räuberischen Tanguten gefangen genommen worden. Er hatte sich aber wieder befreien können. Um nicht zu verhungern, mußte er, das Gebot Buddhas übertretend, einen der herumstreifenden Wildjake zu erlegen suchen.

Die Jake hatten den Gletscher überquert und steuerten mit dem Winde gerade auf den kugelförmigen Block zu, hinter dem Tsangpo lag. Sein Gewehr ruhte schußbereit auf der Gabelstütze. Er brauchte nur noch seinen Zeigefinger ein klein wenig zu krümmen, um die Glut an das Zündloch heranzubringen. Er sah die stattlichen Tiere mit sichern Schritten näherkommen. Das vorderste nahm er aufs Korn und verfolgte alle seine Bewegungen; noch nie hatte er Wildjake in solcher Nähe gesehen. Die Tiere taten ihm leid. Sie waren in ihren heimatlichen Bergen, und die Geister beschützten sie. Von jeher hegten sie unbegrenzts Vertrauen zu den Felsen, Eisfeldern und Moränen und vermuteten nicht, daß hinter dem großen Block, an dem sie so oft unangefochten vorübergegangen waren, Todesgefahr verborgen sein könne.

Er selbst, Tsangpo, war ein Eindringling, der den Herren des Hochgebirgs auflauerte. Er kam sich feig vor, als er gegen sie den ungleichen Kampf eröffnete. Buddhas vornehmstes Gebot: Du sollst kein lebendes Wesen vernichten! klang ihm ins Ohr. Er war ein Frevler, der im Begriff stand, ohne Zeugen und ohne je entdeckt werden zu können, ein Verbrechen zu begehen. Wie elend und verächtlich war er im Vergleich mit den beiden Jaken, die gewaltig und stolz wie Könige durch die Granitpforten schritten!

Unverwandt verfolgte er sein Opfer mit den Blicken und mit der Gewehrmündung. Unter Aufgebot seiner letzten Kräfte hatte er sich zu dem Block hinaufgeschleppt. Als er jetzt das frische Fleisch gerade auf sich zukommen sah, fühlte er sich noch hungriger als bisher. Hier gab es Fleisch auf Monate hinaus! Trug er aus Ehrfurcht vor Buddhas Gesetz Bedenken, den Schuß abzufeuern, so durfte er ebensowenig auf eine Antilope oder ein Wildschaf schießen, wenn ein solches Tier seinen Weg kreuzte, und dann mußte er zu dem toten Pferd zurückkehren, wenn er noch die Kraft dazu hatte.

Der vorderste Jak war in Schußweite. Mit gesenktem Kopf und leicht wiegendem Gang näherte er sich langsam dem Block. Plötzlich blieb er wie vom Blitz getroffen stehen. Er grub die Vorderhufe in den Boden, hob den Kopf und reckte den Schwanz mit dem dichten Büschel. Seine Augen funkelten, und seine Nasenlöcher weiteten sich. Er hatte den Schützen erblickt und er wollte so schnell als möglich kehrtmachen und entfliehen. Abr im selben Augenblick krachte der Schuß, und mit dumpfem Schlag drang die Bleikugel dem Jak in die Brust.

Der Stier sprang in die Höhe und machte eine Schwenkung nach rechts, als wollte er seinen jäh unterbrochenen Fluchtgedanken ins Werk setzen. Dann aber hielt er inne und wandte sich dem Block zu. Furchtbar rollten die blutunterlaufenen Augen. Er hatte den Schützen ins Auge gefaßt. Der Abstand betrug kaum dreißig Schritt. Schäumend vor Wut, stürzte er sich blitzschnell auf Tsangpo. Seine Stirn berührte den Boden, die Spitzen der Hörner waren nach vorn gerichtet, geifernd hing die blauviolette Zunge aus dem Maul, der Schwanzbüschel stand senkrecht, und an den Seiten flatterten die Fransen. Der Atem umwirbelte seinen Kopf wie Dampfwolken, und er stöhnte und schnaubte, unheimlich röchelnd.

Der Schütze glaubte schon den heißen Atem des wütenden Tiers an seinen Ohren zu verspüren. Er überließ das Gewehr seinem Schicksal und eilte mit der Gewandtheit des Schneeleoparden um den Block herum, um diesen zwischen sich und den Jak zu bringen. Aber das rasende Tier war ihm auf den Fersen. Er spürte ein Horn in seiner Seite und war überzeugt, daß er wegen Übertretung von Buddhas Gebot im nächsten Augenblick gegen den Granit geschmettert würde. Nur ein Schritt noch, und seine Pilgerfahrt war zu Ende. Ihm war als flöge er um den Block herum; aber der Umfang war größer, als er berechnet hatte. Wäre der Jak bei der scharfen Wendung um eine Ecke nicht ungeschickt gewesen, die wilde Jagd hätte ein trauriges Ende genommen.

So gewann Tsangpo einen Vorsprung, der, so unbedeutend er sein mochte, ihm doch so viel Zeit ließ, sich auf den Boden zu werfen und wie eine Schlange unter die überhängende Wölbung des Blocks zu gleiten. Er preßte und bohrte sich so tief als möglich in den Winkel hinein; dort lag er eingekeilt und hatte kaum Raum genug, um den Brustkorb beim Atem zu weiten.

Von seinem Versteck aus konnte er den Jak beobachten, der ihm dicht auf den Leib gerückt war. Als das gewaltige Tier sin Opfer unter das Dach des Blocks hatte schlüpfen sehen, war es stehengeblieben, erstaunt, unschlüssig und wütend. Vergebens versuchte es ein Horn tief hineinzubohren, um seinen Feind herauszustoßen; aber sein Kopf war zu groß und fand zwischen Block und Erdboden keinen Raum. Aus dem offenen Maul floß Blut und Geifer; der Schuß war durch die Lunge gegangen.

Als der Jak einsah, daß er gegen Tsangpo nichts ausrichten konnte, begann er gegen das Gewehr zu wüten, dessen Kolben er in Stücke trampelte Dann ließ er seinen Zorn an dem Erdboden aus, auf dem der Schütze auf der Lauer gelegen hatte, und stieß immer wieder die Hörner dagegen.

Nach einiger Zeit sah Tsangpo, wie die Bewegungen des Jaks matter wurden und wie er planlos und aufs Geratewohl mit den Hörnern focht. Wie schwindlig wiegte das Tier den Kopf hin und her, und der blutige Schaum hing ihm in immer dichteren Büscheln aus dem Maul. Der Jak rollte die Augen, daß das Weiße bald über, bald unter der dunkelkastanienbraunen Iris hervortrat; alles fing an vor ihm zu tanzen; sein Bewußtsein schwand. Auf schwankenden Beinen stand er dicht am Block. Er hob den Kopf noch höher als bisher und stieß ein vom Blutfluß halbersticktes Röcheln und Brüllen aus. Im Augenblick des Todes hielt er den Blick auf die friedlichen Schneefelder und Weideplätze des Hochgebirges gerichtet, wo er sein ganzes Leben zugebracht hatte.

So nahm der alte Jakstier Abschied von seinem Reich und von seinem Kameraden, der, vom Schuß erschreckt, in den ewigen Schnee zurückgeflohen war. Während ein letzter Blutstrom aus dem offenen Maul stürzte, sank der Jak zusammen, und die gewaltige, schwere Masse seines Körpers verschloß die Mündung von Tsangpos Versteck.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die trostlose Lage innerhalb der Anwaltschaft sei lediglich auf die ungenügende Entlohnung zurückzuführen. Das bisherige System der Vergütung müsse beseitigt werden. Der Anwaltstand erfüllt ernsthafte soziale und kulturelle Aufgaben und sei daher auch die Öffentlichkeit an seiner Erhaltung interessiert.

Donnerstag vormittag 9 Uhr Fortsetzung der Aussprache. Schluß ¾8 Uhr.

•

Karlsruhe, 18. Januar.

Staatspräsident Remmele gegen die schlechte Ablieferung des Getreidesolls — Französische Revolverpolitik im Karlsruher Hafen — Der Ernst der Lage.

In der fortgesetzten Aussprache über das wirtschaftliche Elend gab Abg. **Heurich** (Ztr.) der Hoffnung Ausdruck, daß der Widerstandswille des deutschen Volkes gegen die französische Machtpolitik nicht erlahmt. Die Rede des Abg. Gebhard zeuge nicht von Gemeinschaftsgefühl. **Ein Wiederaufbau** sei nur möglich, wenn auch unser Wirtschaftsleben von **Idealen** erfüllt ist.

Abg. **Hügle** (Dem.) bedauert, daß zur Abstellung der Not nicht positivere Wege gezeigt werden konnten. Die Fesseln, in denen die Landwirtschaft seit Kriegsausbruch liegt, würden nicht dazu beitragen, daß mehr Getreide gebaut wird. Den Weg zur inneren Verständigung suche die äußerste Linke zu verrammeln.

Abg. **Weber-Baden** (D. Vpt.) begründete einen Antrag, die Regierung möge in Berlin dahin wirken, daß die Unterstützungspflicht des B.G.B. auch auf die näheren Verwandten der Seitenlinie ausgedehnt wird.

Abg. **v. Au** (Landbund) erörterte die üble Lage des Mittelstandes, dessen Verschwinden ein Unglück wäre. Die Unterstützung der Rentner sollte gewährt werden, ohne zu verlangen, daß das Erarbeitete völlig aufgezehrt ist. Die Not werde dadurch gekennzeichnet, daß weite Kreise des Mittelstandes liebgewordene Familienstücke nach und nach verkaufen müssen, um leben zu können.

Abg. Frau **Siebert** (Ztr.) beleuchtete in ergreifender Weise die Folgen der hartherzigen Politik Frankreichs wie sie die unterernährten Kinder, die Mütter, Kranken und alten Leute zu spüren bekommen. **Anstalten und Krankenhäuser** ständen vor dem **Bankrott**. An den Frauen und Kindern liege es, das Gewissen der Welt wachzurufen. Was von verständnisvollen Menschen des **Auslandes** zur Linderung der Not bisher getan wurde, dafür sei von dieser Stelle aus **herzlich gedankt**. Zu wünschen wäre endlich die **Eindämmung der Vergnügungssucht**. Die Richtlinien des Arbeitsministers für die Kleinrentnerfürsorge seien zu begrüßen. Mögen die **Rentner** doch an den **guten Willen der Regierung** glauben.

Staatspräsident Remmele:

Nachdem Herr **Bock** abgereist ist, will ich es unterlassen, gegen ihn zu diskutieren. Eine neue Besteuerung der arbeitenden Stände wie es der Antrag Gebhard will geht nicht an: Was auf seiten des **Landbundes** geschieht bedeutet eine **Zersetzung des Volkskörpers**. Die **badischen Landwirte** haben bisher 36 Prozent des Getreidesolls **abgeliefert**. Das ist **zu wenig** und der Reichswirtschaftsminister hat mir persönlich keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn dieser Widerstand anhält, wir uns nicht wundern dürfen, eines Tages **hinsichtlich der Sicherung der Brotversorgung auf dem Trockenen zu sitzen.**

Was nützen alle Beteuerungen der Volks- und Notgemeinschaft, wenn jeder tut, was er für gut hält. Und dies in dem Augenblick, da sich die **Franzosen** anschicken, die auf dem Rhein schwimmenden Kohlenkähne anzuhalten. (Hört, hört!). **Vor dem Karlsruher Hafen einfahrende Kohlenkähne wurden heute früh von bewaffneten französischen Soldaten besetzt, die die Bemannung mit vorgehaltenem Revolver zwangen, auf der linken Rheinseite anzulegen.** (Lebhaftes hört, hört!). Da der Feind im Lande sitzt, gilt es zu handeln, wie es die Stunde gebietet. Der Redner fuhr (zum Landbund gewendet) fort: Wollen Sie angesichts der Schwierigkeiten, bei dem derzeitigen **Dollarstande** noch Getreide einzuführen, über Nacht den **Brotpreis** ebenso springen lassen? Es müßte dies die schwersten Erschütterungen zur Folge haben. **Wir befinden uns in einer furchtbaren Situation**, und es bedeutet geradezu eine Zeitvergeudung, lediglich der Agitation zu dienen. Lassen Sie ab von diesem Beginnen und **wenden Sie sich ernsten Aufgaben zu!** Ich muß es ablehnen, den Antrag Gebhard bei der Reichsregierung zu vertreten, da er sich unmöglich durchführen läßt.

Nach den Mitteilungen der Reichsregierung ist die **Brotversorgung** bis Mitte des Sommers gesichert. Wir haben aber **Ursache, mit großer Sorge** der Produktion im neuen Wirtschaftsjahr entgegenzusehen.

Dem Zentrumsantrag könne die Regierung im wesentlichen zustimmen. Neue Handelserlaubnisse würden bis auf weiteres nicht mehr erteilt. Alle Maßnahmen seien aber nur ein Tröpflein auf den heißen Stein der Not. Was die **freien Berufe anlangt, so wies der** Staatspräsident darauf hin, daß die Aufnahmefähigkeit der Staatsverwaltung sehr begrenzt sei und daß man ja vor nicht zu langer Zeit selbst den Abbau verlangt habe. Nachdem der Redner der Hilfstätigkeit der landwirtschaftlichen Organisationen gedankt hatte, schloß er mit der nochmaligen Mahnung, zu handeln und ein gutes **Beispiel nach außen** zu geben. (Allgemeine Zustimmung.)

Abg. **Großhans** (Soz.) bekundete das Verständnis der Arbeiterschaft für die Nöte der anderen Stände. Er nahm sich besonders der freien Journalisten und Schriftsteller an und setzte sich darauf mit den Kommunisten und dem Landbund auseinander. Vom Standpunkte der Sozialdemokraten aus müsse man sich über internationale Kongresse freuen, wie sie in den letzten Jahren auf Seiten der Katholiken stattgefunden haben.

Eingegangen ist ein neuer Antrag zur Getreideumlage, infolgedessen der Landbund seinen ersteren Antrag zurückzieht. Ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag wünscht Verweisung dieser Frage an den Haushaltsausschuß.

Abg. **Schmidt-Bretten** (Dtl.) trat den Angriffen auf den Landbund entgegen.

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.) bedauerte, daß in dieser Debatte auf praktische Vorschläge zur Linderung der Not verhältnismäßig wenig Zeit verwendet wurde und zum Teil eine Schärfe zu beobachten war, die man angesichts des Ernstes der Stunde lieber vermieden hätte. Der **Tadel des Landbundes** für seine Haltung in der Umlagefrage sei **verdient**. An der Bitte ums tägliche Brot könne niemand vorbeigehen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Die Gemeindeversicherungsumlage.

P.A. Die Umlage der auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit aufgebauten Gebäudeversicherungsanstalt bemißt sich nach dem **Entschädigungsaufwand** für die Brandfälle des **Vorjahrs**; sie trifft sämtliche Gebäudebesitzer des Landes nach dem gleichen Maßstabe. Ließ sich in Friedenszeiten der aus dem Vorjahr erwachsene Entschädigungsaufwand ohne weiteres rechnerisch feststellen, insofern als dem Brandbeschädigten der eingetragene Versicherungswert seines Hauses erstattet wurde, so hat die Entwicklung der Teuerung auch hier ganz neue Verhältnisse geschaffen. Die ständig fortschreitende Geldentwertung brachte für die Anstalt die Notwendigkeit, als Maßstab ihrer Ersatzleistungen nicht den Friedensversicherungswert, sondern den **tatsächlichen Wiederaufbauaufwand** zugrunde zu legen. Der Wiederaufbauaufwand wird in der Weise errechnet, daß zum Friedensversicherungswert — als rechnerische Grundlage — **Zuschläge** treten, die den im Zeitpunkt des Wiederaufbaues bestehenden Teuerungsverhältnissen Rechnung tragen. Diese Zuschläge haben sich der Entwicklung der Teuerung entsprechend fortgesetzt gesteigert und werden sich weiterhin erhöhen müssen. Dieser Umstand bringt in die Betriebsbilanz der Gebäudeversicherungsanstalt eine völlige Unsicherheit. Denn dadurch, daß für den Wiederaufbau der abgebrannten Gebäude zurzeit noch eine zehnjährige Frist festgesetzt ist, der Wiederaufbau sich also in verschiedenen Zuschlagsperioden vollzieht und zum Teil sogar zu einem Zeitpunkt, für den heute die Zuschläge überhaupt noch nicht errechnet werden können, läßt sich der Entschädigungsaufwand aus dem Vorjahr nur schätzungsweise bestimmen.

Zuletzt wurde dieser Zuschlag für die Monate November und Dezember 1922 auf das 369fache der nach den Baupreisen von 1914 errechneten Entschädigung festgesetzt. Die auf Preise von 1914 zurückgeführte Gesamtversicherungssumme beläuft sich auf rund 6 Milliarden Mark. Unter Zugrundelegung des erwähnten Zuschlags für November und Dezember 1922 ist der Versicherungswert 6 × 369 = 2214 Milliarden. Da die Anstalt den Brandbeschädigten bei der gebotenen sparsamen Bauweise nahezu im vollen Ausmaß seiner Wiederaufbaukosten entschädigt und somit der Friedensversicherungswert, was erneut betont werden muß, nur rechnerische Grundlage für die Umlagefestsetzung sein kann, muß auch die Umlage dem Zuschlagssatze (das 369fache des Friedensversicherungswerts) entsprechend **erhöht** werden. Die Umlage der beiden letzten Vorkriegsjahre betrug 15 Pf. für 100 M. Versicherungssumme. Daraus ergibt sich eine vorläufige Umlage für 1922 von **mindestens** 50 M. für 100 M. Friedensversicherungssumme (15 Pf. × 369 = abgerundet 50 M.). Diese Umlagefestsetzung, die vom erweiterten Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt in seiner Sitzung vom 4. d. M. in klarer Erkenntnis des Zwangs der Verhältnisse **einstimmig beschlossen** und inzwischen auch vom Ministerium des Innern genehmigt wurde, entspricht einer Umlage von nicht ganz 14 Pf. der Vorkriegszeit.

Die Hochschulen in Baden.

Nach einer Veröffentlichung des Bad. Statistischen Landesamts waren im Sommersemester 1922 an den drei badischen Hochschulen insgesamt 9084 Studierende (einschließlich Hörer) eingeschrieben und zwar entfielen auf die Universität **Freiburg** 3872, auf die Universität **Heidelberg** 3347, auf die Technische Hochschule **Karlsruhe** 1865. Gegenüber dem Sommersemester des Jahres 1914 hat die Gesamtzahl der Studierenden erheblich **zugenommen**; damals waren erst 7322, d. s. 1762 weniger als im Jahre 1922 eingeschrieben (in Freiburg 3329, in Heidelberg 2847, in Karlsruhe 1146).

Die Höchstzahl (2095) von Studierenden (ohne Hörer) im Sommersemester 1922 weist die **juristische Fakultät** an beiden Universitäten auf; auf die medizinische Fakultät entfielen insgesamt 1772; auf die philosophische Fakultät 1463, auf die naturwissenschaftliche Fakultät 902 Personen. Die katholische theologische Fakultät in Freiburg umfaßt 349, die evangelische theologische Fakultät in Heidelberg 131 Studierende. Gegenüber der Besucherzahl im Sommersemester 1914 hat die Zahl der Medizinstudierenden im Sommer 1922 erheblich abgenommen (von 2366 auf 1772), ebenso die der evangelischen Theologen (von 204 auf 131); in den übrigen Fakultäten hat die Besucherzahl im Sommer 1922 zugenommen; die Zunahme beträgt in der juristischen Fakultät 890, in der philosophischen Fakultät 328, in der katholischen theologischen Fakultät von Freiburg 62 in der naturwissenschaftlichen Fakultät 253. An der Technischen Hochschule in Karlsruhe entfällt im Sommersemester 1922 die Höchstzahl von Studierenden (ohne Hörer) auf Maschinenbau 506; an zweiter Stelle hinsichtlich der Zahl steht die Elektrotechnik mit 438 Zuhörern; die Zahl der in der Abteilung für Bauingenieure eingeschriebenen Studierenden beträgt 300.

Eine erhebliche Zunahme hat in den letzten Jahren an den badischen Hochschulen das **Frauenstudium** erfahren. Während in den ersten Jahren des Jahrhunderts (vor 1910) die Zahl der weiblichen Studierenden kaum 100 erreichte, nimmt die Zahl in den letzten Jahren fast von Semester zu Semester zu; im Sommer 1914 waren an der Universität Heidelberg bereits 316, in Freiburg 66 Studierende weiblichen Geschlechts eingeschrieben. Die größte Zunahme des Frauenstudiums zeigt sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit; im Sommersemester 1922 waren 920, im Sommersemester des vorigen Jahres 926 Studentinnen (ohne Hörerinnen) eingeschrieben. Bevorzugt wird allem Anschein nach die Universität Freiburg, wo in diesem Sommersemester 485 Frauen dem Studium oblagen. Auch an der Technischen Hochschule Karlsruhe ist ihre Zahl in den letzten Jahren gestiegen (von durchschnittlich 6 in der Vorkriegszeit auf 24 im Sommersemester 1922). Die Höchstzahl von weiblichen Studierenden entfällt auf die medizinische und philosophische Fakultät, in Karlsruhe auf die Abteilung für Chemie.

Die Zahl der **Professoren**, Privatdozenten und sonstigen Personen mit Lehrauftrag beträgt in Heidelberg 185, in Freiburg 175, in Karlsruhe 100.

Von der Gesamtzahl der Studierenden besitzt etwa ein Drittel die badische Staatsangehörigkeit, an der Technischen Hochschule sogar die Hälfte; der Rest verteilt sich auf Reichsdeutsche und Ausländer; letztere überschreiten aber an keiner Hochschule die Zahl 250.

Endlich sei noch der **Handelshochschule Mannheim** gedacht, die der Staatsaufsicht unterliegend, ein städtisches Unternehmen darstellt. Im Jahr 1921 betrug die Zahl der Lehrkräfte 41, die der Studierenden 324. Als Hospitanten waren 505, als Hörer 210 eingeschrieben.

Konkurse in Baden.

Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts wurden in Baden im Jahre 1920 59 Anträge auf Konkurseröffnung gestellt, von denen jedoch 20 von vornherein wegen Mangels einer zur Deckung der Kosten hinreichenden Masse abgelehnt werden mußten. Im Vorjahre 1919 betrug die Zahl der Anträge 52, die Zahl der eröffneten Konkursverfahren 27. Im Jahre 1921 belief sich die Zahl der Neuanträge auf 144. Auch diese Zahl, verglichen mit der Zeit vor dem Kriege, bedeutet immer noch eine wesentliche Abnahme der zur Durchführung gelangenden Konkurseröffnungen; im Jahre 1914 z. B. wurden 422 Konkursanträge gestellt, denen in 345 Fällen stattgegeben wurde.

Die Minderung der Antragsfälle in der Nachkriegszeit ist zum großen Teil wohl darauf zurückzuführen, daß die Gläubiger sich häufig durch **Privatvergleich** mit dem Gemeinschuldner auseinandersetzen und die Anrufung des Konkursgerichts sich dadurch erübrigt.

Literarische Neuerscheinungen.

Der Lohnabzug 1923. Auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1922. Die neuesten Vorschriften für 1922 und 1923 erläutert mit Beispielen, Einführungen, Tabellen und Tarifen von Rechtsanwalt Dr. Fritz Koppe. Grundpreis 1.80 M — 1923 — Industrieverlag Spaeth & Linde, Fachbuchhandlung für Steuerliteratur, Berlin C. 2. Die starke Geldentwertung machte eine abermalige Änderung der Lohnabzugsvorschriften notwendig. Die neuen Vorschriften beziehen sich teils rückwirkend noch auf das Jahr 1922, teils werden für 1923 die Abzüge für Existenzminimum, für Werbungskosten und Akkordarbeit grundlegend geändert. Änderungen des Personenstandes werden mehr als bisher berücksichtigt. Die soeben ausgegebenen Steuerbücher für 1923 sind überholt. Der Arbeitgeber muß die neuen Sätze selbst berechnen. Die Ablieferung der Markenblätter für 1922 hat im Januar 1923 nach bestimmten Richtlinien zu geschehen. Die Naturalbezüge (Hausmädchen) werden neu festgesetzt. Stundungsmöglichkeiten für die Vorauszahlungen sind gegeben. Die gesamte neue Materie ist in obigem Werk dargestellt. Der Arbeitgeber haftet für richtige und pünktliche Anwendung der neuen Vorschriften.

Die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter betr.

Mit Entschließung des bad. Oberversicherungsamts Karlsruhe vom 22. Dezember 1922 Nr. 1584 wird der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter auf Grund der §§ 936, 936a R.V.O. für den Bezirk des Versicherungsamts Karlsruhe mit Wirkung vom 1. März 1923 wie folgt neu bestimmt: O.739

a) für männliche Personen:

über 21 Jahre . . .	140 000 M.
von 16—21 Jahren .	110 000 M.
von 14—16 Jahren .	76 000 M.
Kinder unter 14 Jahren	12 000 M.

b) für weibliche Personen:

über 21 Jahre . . .	96 000 M.
von 16—21 Jahren . .	72 000 M
von 14—16 Jahren .	48 000 M.
Kinder unter 14 Jahren	12 000 M.

Karlsruhe, den 10. Januar 1923. O.8. 5

Badisches Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Bekanntmachung.

Die Not des Vaterlandes erfordert es, alles zu unterlassen, was öffentliches Ärgernis erregen kann. Deshalb können auch Masken (Pierrots, Clowns, Zigeuner, Lumpen, Indianer, Apachen, weibliche Personen in Männerkleidung und dergl.) auf der Straße, in Wirtschaften oder bei Veranstaltungen wie Kostümbällen und dergl. nicht geduldet werden. Personen, die sich diesem Verbot nicht fügen, haben gemäß der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 2. Dezember 1922 strenge Bestrafung und daneben sofortige Festnahme zu gewärtigen. O.753

Vereinsvorstände, die solchen Personen zu Veranstaltungen Einlaß gewähren, werden gemäß § 2 obiger Verordnung bestraft werden. O.8. 6

Karlsruhe, den 17. Januar 1923.

Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Papiere wie B.167

Pack-, Einwickel-, Schreibmaschinen-, Post-, Kanzlei-, Saugpost-, Abzug-, Durchschlag-, Prospekt-, Lösch-, Seiden- (chlor- und säurefrei und paraffiniert), Oel- Papiere aller Art

Kartons für die gesamte Industrie liefert prompt ab Lager zu günstigen Preisen

Herm. Haug

Papiergroßhandlung

Eßlingen a. N. Postfach 24.

Wir sind stets Abnehmer von

Weichblei

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 14.

Vergebung von Bauarbeiten. Wir vergeben zum Verwaltungsgebäude der Eilguthalle und zum Dienstgebäude für das Bahnbetriebswerk in Freiburg Personenbahnhof die Verputz- und Glaserarbeiten, Fußbodenbeläge (Stampfasphaltplatten und Terrazzo), Schreiner-, Schlosser-, Installations-, Maler- u. Tapezierarbeiten. Pläne, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen hier, Waldkircherstr. 12, II. Stock, Zimmer Nr. 34, werktags von 8—12 vormittags zur Einsicht auf. Daselbst auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift bis **Donnerstag, den 1. Februar 1923, vormittags 10 Uhr**, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Freiburg, O.754.2.1

den 17. Januar 1923.

Bahnbauinspektion 2.

Verlegen von 6,5 Km. Eisenbahnoberbau auf Holzschwellen auf der Strecke Titisee-Bärental. Zeichnungen und Bedingnisheft einzusehen auf unserer Kanzlei, wo auch Angebotsvordrucke zu kaufen sind. Kein Versand nach auswärts. Die mit Aufschrift zu versehenden Angebote sind portofrei bis **8. Februar d. Js., vormittags 11½ Uhr**, zu der öffentlichen Eröffnung einzureichen. Zuschlagsfrist 20. Februar d. Js. O755

Neustadt i. Schw., den 13. Januar 1923.

Bahnbauinspektion.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Stadtkasse ist die neu errichtete

Buchhalterstelle

sofort zu besetzen. Gehalt nach Gruppe V—VII der Besoldungsordnung. B177

Geeignete Bewerber mit guter Allgemein- und Fachausbildung wollen sich sofort unter Angabe des frühesten Eintrittszeitpunktes schriftlich melden.

Gernsbach (Murgtal), den 16. Januar 1923.

Bürgermeisteramt:

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde **Schutterwald** versteigert am **Mittwoch, den 24. ds. Mts., vormittags 10 Uhr** beginnend, im diesjährigen Hiebschlag folgende Stammhölzer: B.178.2.1

130 Eichen II.—V Kl.,
52 Eschen III.—VI. Kl.,
22 Erlen IV.—V. Kl.,
5 Birken IV.—V. Kl.

Waldhüter Winkler hält nur auf schriftliche Bestellung Listen bereit.

Schutterwald, den 16. Januar 1923.

Gemeinderat:

Schnebelt, Bgmstr.
Ichters, Ratsche.

Druck der Karlsruher Zeitung